

KENIA:

Den Betroffenen eine Stimme geben – der Bezirk Vihiga auf dem Weg zum Recht auf Nahrung

Die Transformation der Ernährungssysteme funktioniert nur, wenn alle Beteiligten einbezogen werden. Doch was passiert, wenn die Menschen vor Ort, insbesondere die aus benachteiligten Gruppen, außen vor bleiben? In Kenia hat sich eine ganze Region auf den Weg gemacht, die ländliche Regierungsführung zu verbessern. Die Erfolge im Bezirk Vihiga sind unübersehbar.



Wenn Hunger auf mangelnde politische Beteiligung trifft

Ohnmacht frustriert. Und essen kann man sie auch nicht. So ging es Naomi Amwayi jahrelang. „Ich hatte mich schon damit abgefunden“, sagt die sechsfache Mutter aus Vihiga, einem Bezirk im Westen Kenias, über die versprochene staatliche Unterstützung, die nie kam. „2014 habe ich mich beim staatlichen Cash-Transfer-Programm angemeldet, da ich eine körperliche Behinderung habe“, erinnert sie sich. Doch ihr Antrag auf 2.000 Schilling (rund 14 Euro) im Monat blieb unbeantwortet. Der Staat war für Naomi Amwayi wie eine Black Box. „Mir ging es wie vielen Menschen mit Behinderung, Alten und Waisen: Wir hatten Anspruch, aber es passierte nichts.“ Viele Menschen gehen schon lange nicht mehr zu den Barazas, den lokalen öffentlichen Versammlungen der Chiefs, weil dort ohnehin nichts Wichtiges besprochen wird. Dabei braucht die Region eine gute ländliche Verwaltung: Die Menschen kämpfen mit Bevölkerungsdruck, schrumpfenden Landflächen, Armut, Inflation und hohen Lebensmittelpreisen. Die Folge: 30 Prozent der Bevölkerung in Kenia sind unterernährt, ein Viertel aller Kinder unter fünf Jahren in Vihiga leiden unter Wachstumsverzögerung.

Wie ländliche Regierungsführung das Recht auf Nahrung stärkt

Erforderlich ist eine Regierungsführung, die vor Menschenrechtsverletzungen schützt und bestehende rechtliche Rahmenbedingungen umsetzt - eine Regierungsführung, in der die Menschen vor Ort bei Planungsprozessen, die ihre Lebensgrundlagen betreffen, mitreden können, in der Staatsbedienstete ihre Entscheidungsprozesse gegenüber den Bürger*innen transparent machen und rechenschaftspflichtig sind, und in der die Ernährungspolitik nicht länger isoliert bearbeitet wird. Die Welthungerhilfe begann zunächst mit den kenianischen Organisationen Rural Outreach Africa (ROA) und The Institute for Social Accountability (TISA) zusammenzuarbeiten. „Wir sind in die Gemeinden gegangen, um ihre Probleme beim Zugang zu Nahrung zu verstehen“, erinnert sich Programmmanagerin Mary Njeri Karanu an die Anfänge des Projekts im Jahr 2020. „Und in einem zweiten Schritt haben wir die Menschen über ihre Rechte informiert und darüber, an wen sie sich wenden können.“ Außerdem wurden Workshops organisiert, um die lokalen Behörden für die Anliegen der Bürger*innen zu sensibilisieren. In einem dritten Schritt haben sich verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen aus fünf Bezirken rund um den Viktoriasee zum „Lake Region Food Systems Network“ zusammengeschlossen, das ein Manifest für politische Entscheidungsträger verfasst hat und sich dafür einsetzt, dass die Prioritäten der gefährdeten Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsplänen der Bezirke berücksichtigt werden. Die Initiative verfolgt einen Ansatz auf



© ROA

Schnittstellentreffen ab, um ihre Empfehlungen zur Verbesserung der Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung vorzustellen. In der Folge haben drei Bezirke im Einzugsgebiet des Netzwerks den Prozess zur lokalen Entwicklungsplanung reformiert und die Beteiligung von Vertreter*innen aus jedem Dorf zu einem Kernanliegen gemacht. Die so entwickelten Pläne enthalten nun Prioritäten, die von den Bürger*innen selbst vorgeschlagen wurden. Diese reichen von der Einrichtung eines Beschwerdemechanismus über Strategien zur Anpassung an den Klimawandel bis hin zum Ausbau sozialer Sicherungssysteme. Die Verantwortlichen sind offen für eine Stärkung von Partizipation und Rechtsstaatlichkeit. Und die Barazas in Vihiga County sind wieder gut besucht. „Der Wandel beginnt an der Basis“, sagt Sheila Lyona, Programmbeauftragte bei TISA. „Aber auch auf nationaler Ebene sind neue Maßnahmen nötig. Es ist ein Ansatz von beiden Seiten. Deshalb haben wir eine nationale Koalition für das Recht auf Nahrung aus 50 Organisationen gegründet – mit dem Lake Region Food System Network auf Bezirksebene als Bindeglied.“

Das wurde gelernt:

- Fortschritte in den Bereichen politische Teilhabe und Rechtsstaatlichkeit können erzielt werden, wenn** Bürger*innen in die Lage versetzt werden, ihre Forderungen zu artikulieren und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen einzufordern - und wenn Beamte für ihre Verantwortung sensibilisiert und zur Rechenschaft gezogen werden.
- Die Einrichtung von Beschwerdemechanismen für öffentliche Dienstleistungen** und deren Zugänglichkeit für gefährdete Gruppen sind entscheidend für Fortschritte beim Recht auf Nahrung.
- Die Vernetzung von Rechteinhabenden auf lokaler Ebene mit zivilgesellschaftlichen Akteuren** auf subnationaler und nationaler Ebene ist wichtig, um eine Interessenvertretung der jeweiligen Ebene sicherzustellen, auf der Veränderungen stattfinden müssen.



“

**Mary Njeiri Karanu,
Programmleiterin bei Rural Outreach Africa:**

Es liegt in der Verantwortung der Menschen, die Pflichtenträger für das Recht auf Nahrung zur Rechenschaft zu ziehen. Advocacy ist ein Marathon, es braucht viel Ausdauer. Das gelingt, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen nicht elitär, sondern inklusiv und repräsentativ für die am meisten betroffenen Gruppen sind.

”

mehreren Ebenen: Auf lokaler Ebene werden Hindernisse bei der Umsetzung des Rechts auf Nahrung identifiziert. Diese Erkenntnisse werden genutzt, um auf Meso- und nationaler Ebene auf Veränderungen hinzuwirken. Darüber hinaus fließen die Erfahrungen und politischen Forderungen in die Debatten auf supranationaler Ebene ein, etwa beim VN-Gipfel zu Ernährungssystemen oder bei Klimakonferenzen.

Nationale Maßnahmen unterstützen Fortschritte an der Basis

Naomi Amwayi erhält jetzt nicht nur staatliche Unterstützung, sondern hat auch eine Gruppe von Menschen mit Behinderungen gegründet, die ihre Ansprüche einfordert.

Die Gruppe wurde in die Lage versetzt, an einer gemeinsamen Bewertung staatlicher Leistungen, einschließlich des Sozialtransferprogramms, teilzunehmen. Später hielt sie ein